



Ganztagschule in Freiburg



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

BILDUNGSPOLITIK

Schavan boykottiert Kongress

Wenig Interesse an einer qualitativen Verbesserung ihrer Ganztagschulen hat die Landesregierung von Baden-Württemberg. Kultusministerin Annette Schavan (CDU) will einen für September vom Bundesbildungsministerium initiierten Ganztagschulkongress in Berlin boykottieren. Dort wollen Lehrer, Erzieher und Soziologen ihre Erfahrungen austauschen. In einem Schreiben von Schavans Ministerium an die vier Regierungspräsidien des Landes heißt es: Baden-Württemberg

unterstütze den Kongress nicht „und wird keine Ganztags-schulen benennen, die dort ihr Konzept präsentieren sollen“. Die Regierungspräsidien würden „gebeten, auf Anfrage Schulen dahingehend zu beraten, dass von Seiten des Landes eine Teilnahme an der Veranstaltung nicht befürwortet wird“. Anlass, so ein Ministeriumssprecher, seien „grundsätzliche Erwä-gungen“: Die Bildungspolitik sei nun mal „Herzstück der Län-derkompetenz“. Anfang Juli hatte der Landesrechnungshof in einem Prüfbericht attestiert, Ganztagschulen könnten sich „po-sitiv auf das allgemeine Schulklima, die Arbeit der Lehrkräfte sowie auf das Sozialverhalten der Schüler“ auswirken. Die Prü-fen forderten die Landesregierung aber auf, die Leistungsfähig-keit der Ganztagschulen zu evaluieren und die Förderung dar-an zu orientieren. Die bisherige Verteilung der Bundesmittel, die sich bis 2007 auf vier Milliarden Euro für die Länder belaufen, sei „weder problemorientiert noch sachgerecht“ erfolgt.

AUSSENPOLITIK

Fischer beruhigt Iran

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) geht im Streit zwi-schen der iranischen Regierung und dem Bundesinnenmi-nisterium auf Distanz zu seinem Kabinettskollegen Otto Schily (SPD). In einer vertraulichen Note an die iranische Botschaft in Berlin bekräftigt Fischers Außenressort in freundlichstem Di-iplomatendeutsch, dass sich auch nach den Verbalattacken Schiliys gegen den neuen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad an der deutschen Position gegenüber Teheran nichts geändert habe. Es solle nach Möglichkeiten eines Ausbaus der Zusammenarbeit gesucht werden, heißt es in dem Schreiben. Zum Beleg werden in der Note Äußerungen von Fischer und Bundespräsident Horst Köhler aus der jüngsten Zeit zitiert, in denen beide das Interesse an guten Beziehungen zu Teheran deutlich machten und Fortschritte bei der Menschenrechtsfrage erbaten. Die Wortmeldung aus dem Hause Fischer ist Antwort

auf einen Protest, der zu-vor aus der iranischen Bot-schaft eingegangen war. Darin hatte sich die diplo-matische Vertretung über ein SPIEGEL-Gespräch Schiliys erregt, in dem die-ser den neuen iranischen Präsidenten als „Fundamentalisten“ bezeichnete, „bei dem nicht sicher ist, dass er absolute Distanz zum Terrorismus hält“.

Fischer

MARCURIA/ANDRE



ANDREW PARSONS / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Kabeljau

VERBRAUCHER

Schummel mit Siegel

In deutschen Tiefkühltruhen lagern immer mehr Fischprodukte mit fragwürdigen Qualitätssiegeln. Nach einer Bestands-aufnahme des Umweltverbands WWF bieten insbesondere Biomärkte „Kabeljau aus Wildfängen“ oder „Alaska Seelachs“ mit Ökosiegeln an. Tatsächlich stammten aber nur die Rohstof-fe für die verarbeiteten Panaden oder das Öl der Marinaden aus biologischem Anbau. Auch bei Produktkennzeichnungen mit dem Hinweis „Delfin-freundlich“ ist nach Ansicht des WWF Vorsicht geboten, da sie nicht gesetzlich geschützt sind. Von russischen und fernöstlichen Fangflotten würden immer noch mit Bodenschleppnetzen ökologisch wertvolle Korallen zerstört sowie Delfine, Schildkröten oder Haie als Beifang ge-tötet. Als verlässlich gilt das blaue Fisch-Siegel des unab-hängigen Londoner Marine Stewardship Council (MSC), das eine „bestandserhaltende Fischereiwirtschaft“ garantieren will.